

beziehungsweise

SEPTEMBER 2010

INFORMATIONSDIENST DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTS FÜR FAMILIENFORSCHUNG

WWW.OIF.AC.AT

INHALT

- | | |
|--|--|
| <p>1 STUDIE Geld oder Liebe?</p> <p>2 KOLUMNE Vater werden ist nicht schwer, Vater sein dagegen...</p> <p>4 THEMA Chancen und Gefahren von Online-Communities</p> | <p>6 STUDIE Die Familie und die Parteien</p> <p>8 SERVICE bericht: Die Zukunft liegt in den Familien
tagung: Pflegeeltern – Profession oder Lebensaufgabe
vortrag: Emotional Capitalism</p> |
|--|--|

STUDIE

Geld oder Liebe?

Die Bedeutung von Steuern und Matching-Institutionen für das Eheglück

VON KAI A. KONRAD UND KJELL ERIK LOMMERUD

„Mann trifft Frau. Sie verlieben sich.“ Das ist der Stoff unzähliger Romane, vom Groschenroman bis zur Weltliteratur. Die Protagonisten sind oft Seelenverwandte, und widrige Umstände stehen dem gemeinsamen Glück im Weg. In Shakespeares „Romeo und Julia“ sind es Familienfehden. In Jane Austens „Stolz und Vorurteil“ stehen der Liebe von Elisabeth und Darcy Standesunterschiede im Weg. Die Heirat des wohlhabenden Darcy mit Elisabeth wäre für ihn gesellschaftlich und wirtschaftlich ein Abstieg.

Warum es zu wenig Ehen gibt

Heiraten zwei Menschen aus unterschiedlichen wirtschaftlichen Verhältnissen, kommt es in der Ehe zu einem wirtschaftlichen Ausgleich. Diese Umverteilung lässt sich nicht vermeiden, weil die Eheleute viele Dinge gemeinsam tun und nutzen, vom gemeinsamen Urlaub über die gemeinsame Wohnung bis hin zu den gemeinsamen Kindern, in deren Ausbildung sie investieren. Liebesheiraten zwischen wirtschaftlich unterschiedlich gestellten Menschen sind heute

keine Seltenheit mehr. Einkommensunterschiede können Ehen aber auch verhindern. Der wirtschaftlich stärkere Partner muss sich bei der Heirat damit abfinden, Teile seines höheren Einkommens mit dem Ehepartner zu teilen. Ist er dazu nicht bereit, kommt die Ehe nicht zustande. Die mit der Ehe verbundene „Glücksrente“ geht dann verloren. Liebesheiraten sollten wegen dieser Glücksrente nicht an Einkommens- und Vermögensunterschieden scheitern, denn die Umverteilung zwischen den Eheleuten ist aus Wohlfahrtsperspektive weder ein Nachteil noch ein Vorteil. Die Glücksrente Heiratender ist dabei ganz beachtlich. Glücksforscher haben diese gemessen und in Einkommensäquivalente umgerechnet. Der Stand der Ehe steigert das Glückselbst im Durchschnitt so sehr wie ein Einkommenszuwachs um etwa 70.000 britische Pfund pro Jahr in England und 100.000 US-Dollar in den USA.



König Edward VIII und Wallis Simpson heirateten aus Liebe. Er dankte vom Thron ab, weil Wallis S. nicht adelig war, und verzichtete auf Macht, Status und Reichtum. Beide lebten als Graf und Gräfin von Windsor im Exil in Paris.



KOLUMNE

Vater werden ist nicht schwer, Vater sein dagegen...

Happy Birthday!

VON GEORG WERNHART

Unglaublich, jetzt ist schon ein Jahr vergangen, seit Armin auf die Welt kam. Dabei kommt es mir und meiner Frau wie gestern vor, als sie mich mit den Worten „Ich glaub', jetzt geht's los!“, weckte und wir ins Auto sprangen, um ins Spital zu fahren. Ich muss immer noch schmunzeln, wenn ich mich daran erinnere, wie sie mich auf der Fahrt anschrte, dass ich um zwei Uhr morgens doch wirklich nicht bei jeder roten Ampel anhalten müsste.



Meine leckere Geburtstagstorte ...

Und dann war er da. Klein, schreiend, aber süß. Die ersten drei Monate waren, rückblickend betrachtet, nicht die einfachsten. Geprägt von langen Nächten mit einem kleinen geblähten Erdenbürger, der die Verdauung noch nicht so recht im Griff hatte. Damals ist einem dies gar nicht so anstrengend vorgekommen, war doch alles neu und aufregend.

Und kaum hat man sich versehen, krabbelt dieser kleine Mann in Windeseile um einen herum. Dabei ist es noch gar nicht lange her, da hat Papa gespannt auf seine erste vollständige Seitwärtsrolle gewartet und ihn dabei gemütlich auf seiner Spieledecke liegend beobachtet. Jetzt ist er schon froh, wenn Armin ihn seinen Morgenkaffee im Sitzen trinken lässt. Ständig wiederholt es sich: hochziehen (am besten am Papa, weil er doch so ein interessantes Kaffeehäferl in der Hand hat), ein paar Schritte seitwärts gehen und dann wieder auf den Popo fallen. Und wenn nicht gerade Aufstehen und Gehen geübt werden, erkundet er auf allen Vieren die Wohnung (oder das Innere einer Waschmaschine!).

Aber nicht nur Armin ist ein Jahr alt geworden, auch diese Kolumne schreibe ich nun schon genauso lange. Ich möchte diese Gelegenheit nützen und allen Leserinnen und Lesern für die überwiegend positiven Reaktionen, die ich in dieser Zeit erhalten habe, zu danken und mich gleichzeitig bei jenen zu entschuldigen, deren E-Mails ich mangels Zeit nicht beantworten konnte. Ich hoffe, Sie werden diese Kolumne auch weiterhin verfolgen, wenn ich über die kleinen und großen Freuden des Alltags in Armins zweitem Lebensjahr berichte. ■

georg.wernhart@oif.ac.at

Wie umverteilende Besteuerung Ehen stiftet

Für die Frage, wer wen heiratet, sind verschiedene Faktoren und gesellschaftliche Institutionen wichtig, die sich im politischen und gesellschaftlichen Prozess wandeln und gestalten lassen. Liebesheiraten werden begünstigt, wenn Einkommens- und Vermögensunterschiede durch eine progressive Besteuerung verringert werden: Einkommensunterschiede stehen einer Ehe nicht im Wege, wenn es eine stark nivellierende Einkommensumverteilung durch Steuern gibt. Zwei Menschen, bei denen die Chemie stimmt oder die eine Leidenschaft für die gleichen Dinge in der Freizeit haben und ähnliche Werte und Weltanschauungen teilen, die aber über eine sehr unterschiedliche wirtschaftliche Leistungsfähigkeit verfügen, können dann beruhigt heiraten. Dem wirtschaftlich stärkeren Partner würde durch die Steuer ohnehin viel von seinem Einkommen genommen, wenn er nicht heiratete. Eine Besteuerung, die die unterschiedliche Leistungsfähigkeit ausgleicht, macht das Zustandekommen der Ehe deshalb wahrscheinlicher. Umverteilende Besteuerung hat also eine Ehen stiftende Wirkung und erhöht damit die Zahl der Glücksrenten aus Ehen. Das ist aus wohlfahrtstheoretischer Perspektive auch wünschenswert.

Kennenlernen ist kein reiner Zufall

Bevor Menschen entscheiden, ob sie einander heiraten, müssen sie sich kennenlernen. Wer in einer modernen Gesellschaft auf wen trifft, hängt von den „Matching-Institutionen“ dieser Gesellschaft ab. Mögliche Partner lernen sich oft in Schule, Universität, am Arbeitsplatz, in Sport- oder Freizeitvereinen, auf Musikkonzerten oder in der Kirche kennen. Darüber hinaus gibt es Institutionen, deren primäres Ziel die Ehebahnung ist. Dazu gehören neben klassischen und internetbasierten Partnerbörsen auch Veranstaltungen wie zum Beispiel Debütantinnenbälle.

In all diesen Institutionen werden die potenziellen Partner typischerweise nicht zufällig, sondern sehr selektiv miteinander zusammengebracht. Debütantinnenbälle dürften der Prototyp von Institutionen sein, in denen versucht wird, junge Menschen aus ähnlichen

wirtschaftlichen Verhältnissen zusammenzubringen. Das Matching erfolgt dort also unter der Perspektive der Einkommen. In der Tendenz wird bei dieser Art des Matchings vermieden, dass sich Prinz und Aschenputtel überhaupt begegnen. Treffen also nur Menschen aus ähnlichen wirtschaftlichen Verhältnissen aufeinander, dann spielen Einkommensunterschiede als Ehehindernisse keine große Rolle, selbst wenn diese Unterschiede in der Gesellschaft insgesamt sehr groß sind. In einer Gesellschaft mit solchen „Eheanbahnungsinstitutionen“ hat dann Einkommens- oder Vermögensumverteilung auch keine besonders Ehen stiftende Wirkung.

Anders ist es, wenn sich junge Menschen unabhängig von ihrem wirtschaftlichen Hintergrund zu gemeinsamen Aktivitäten treffen, weil sie übereinstimmende Interessen haben. Parteiversammlungen, Woodstock und andere Rock-Konzerte, Gottesdienste oder Friedensdemonstrationen sind vielleicht gute Beispiele für solche Aktivitäten. Treffen sich dort Menschen aus unterschiedlichen wirtschaftlichen Verhältnissen, aber mit gleichen Interessen und Grundanschauungen und verlieben sich ineinander, könnten sie aus einer Ehe vielleicht eine hohe Glücksrente ziehen. Verhindern die wirtschaftlichen Unterschiede das Zustandekommen der Ehen, gehen diese Glücksrenten verloren. Umverteilende Besteuerung oder eine generell stärkere Nivellierung der Einkommen und Vermögen können solche Hindernisse abbauen und eine Ehen stiftende Wirkung entfalten. Matching-Institutionen, die Menschen mit solchen Gemeinsamkeiten zusammenbringen, und eine umverteilende Besteuerung können sich gegenseitig in ihren positiven Wirkungen unterstützen.

Matching-Institutionen und Umverteilung

Die Bedeutung umverteilender Besteuerung hängt also von der Art der Matching-Institutionen ab. Institutionen, die Menschen mit ähnlichen Präferenzen zusammenbringen, sind oft komplementär zur Besteuerung und verstärken deren positive Effekte. Institutionen, die Menschen gleicher wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit zusammenbringen, sind substitutiv zur umverteilenden Besteuerung. Besteuerung hat keine zusätzliche Ehen stiftende Funktion,

wenn sich ohnehin nur Personen mit gleichem oder ähnlichem wirtschaftlichen Hintergrund treffen.

Welcher Typ von Matching-Institution gesellschaftlich vorherrscht, ist auch für die gesamtgesellschaftliche Einkommens- und Vermögensverteilung von Bedeutung. In einer Gesellschaft, in der Ehen auf Debütantinnenbällen gestiftet werden, wird einer Einkommensangleichung durch Heirat wirtschaftlich Ungleicher entgegengewirkt. In einer Gesellschaft mit Matching-Institutionen, die Menschen mit gleichen Präferenzen zusammenbringen, heiraten häufiger wirtschaftlich Ungleiche. Dies führt in der Tendenz zu einer geringeren gesamtwirtschaftlichen Einkommensungleichheit. Steuerpolitik kann diese positive Wirkung auf die Einkommensverteilung in einer Gesellschaft verstärken. ■

studie

Bei dieser Studie handelt es sich um eine allokatorentheoretische Analyse, die sich der Methoden der modernen Vertrags- und Spieltheorie bedient. Die Studie wird demnächst im *Canadian Journal of Economics* publiziert.

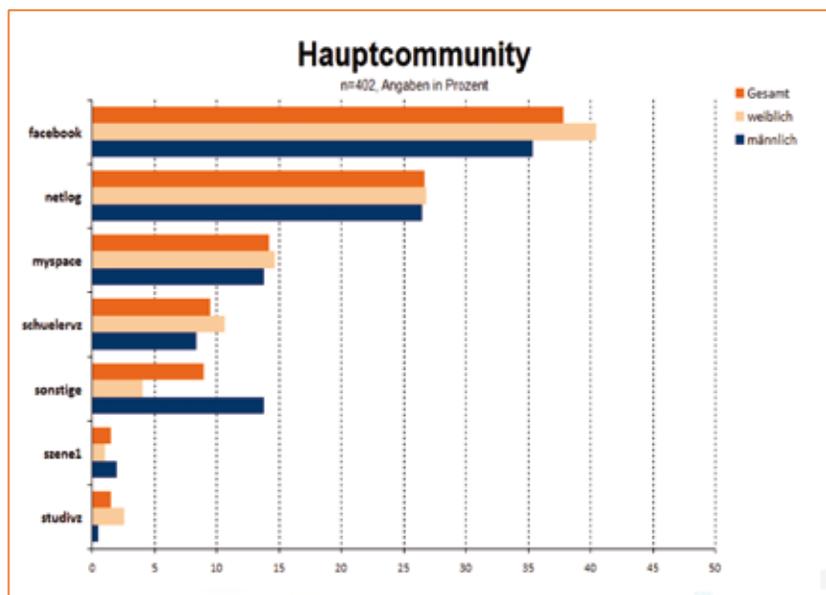
Kontakt: Prof. Dr. Kai A. Konrad, Direktor am Max-Planck-Institut für Geistiges Eigentum, Wettbewerbs- und Steuerrecht
kai.konrad@ip.mpg.de

Dieser Beitrag ist eine überarbeitete Fassung des Artikels „Wenn der Fiskus Ehen stiftet“, der in den *WZB-Mitteilungen* (Heft 119, S. 9-10) erschienen ist.
Quelle: www.oekonomenstimme.org

Chancen und Gefahren von Online-Communities

Wie facebook & Co. den Alltag Jugendlicher prägen

VON MICHAEL SCHAEFBERGER



Die am häufigsten genutzten Communities von 11- bis 19-Jährigen in Österreich

„Wir waren im Computerraum in der Schule und da war mir langweilig, und wir sind auf ‚netlog‘ gegangen und haben die Idee gehabt, dass wir ein Profil machen, bei dem wir 30 Jahre alt sind. Dabei haben wir uns dann verrechnet und waren 36. Dann habe ich ein Bild von einer älteren Frau im Internet gesucht und mich beschrieben wie eine 30-jährige Frau und noch ein Bild von einem Kind reingegeben und gesagt, dass das meine Nichte ist. Das Profil war ziemlich Ich. Wir haben dann so was geschrieben, was eine Frau halt schreiben würde in dem Alter, so ‚Ich fahre gerne an das Meer‘ zum Beispiel. Einen Tag danach haben wir voll viele Kommentare gekriegt, von Männern, die sich mit uns treffen wollten.“
(Anna P., 14 Jahre, 2010)

Online-Communities als fester Bestandteil des jugendlichen Alltags

Online-Communities sind längst kein Phänomen mehr, das wenige, besonders internetaffine Jugendliche anspricht, sondern sie sind bereits fix in deren Alltag verankert. Mehr als zwei Drittel der untersuchten User und Userinnen steigen zumindest einmal täglich in ihre Lieblingsnetzwerke ein, über 40 Prozent schon mehrmals täglich. Die beliebtesten Anbieter sind hier „netlog“

als Einstiegsplattform für die Jüngeren, „facebook“ als die „erwachsenere Variante“ bei den über 15-Jährigen.

Die beiden wichtigsten Aspekte der neuen Gemeinschaften sind einerseits die Möglichkeit, regelmäßig und schnell mit Freundinnen und Freunden zu kommunizieren und somit auch am Leben anderer teilzuhaben. Andererseits bilden sie eine Bühne, die den Jugendlichen die Möglichkeit der Selbstdarstellung und Inszenierung des Privatlebens bietet. Besonders die jungen Einsteiger und Einsteigerinnen zeigen sich von der Möglichkeit fasziniert, ihre eigene „Reality-Show“ zu gestalten. Mehr als zehn Jahre nach der Ausstrahlung der ersten Staffel von „Big Brother“ sind somit keine Castings und „potjomkinschen“ Häuser mehr nötig, um sich in der Öffentlichkeit zu inszenieren. Diese Inszenierungen bergen allerdings auch nicht zu vernachlässigende Gefahren, die vielen Jugendlichen oft nicht bewusst sind.

Nahezu die Hälfte der männlichen Community-Mitglieder macht ihre Profile öffentlich einsehbar, nur knapp über 10 Prozent aller untersuchten User und Userinnen geben an, über die angebotenen Sicherheitseinstellungen „sehr gut“ Bescheid zu wissen. Das rasante Tempo des Netzlebens führt oft dazu, dass unangenehme und peinliche Situationen schnell wieder aus dem Gedächtnis der Jugendlichen verschwinden – nicht aber aus dem prinzipiell für die Ewigkeit gespeicherten kollektiven „Netzgedächtnis“.

Wie groß sind die mit Online-Community-Nutzung verbundenen Risiken?

Die überwiegende Mehrheit der Nutzer und Nutzerinnen führt in den Communities ein „normales“ Alltagsleben, mit all seinen positiven und negativen Aspekten. Beschimpfungen, die Verbreitung von Unwahrheiten und unangenehme „Anmache“ erleben sie im realen Leben ebenso. blieb allerdings die Kenntnis einzelner Auseinandersetzungen früher nur einem kleinen Kreis vorbehalten, bieten die Communities die Möglichkeit, eine breitere Öffentlichkeit teilhaben zu lassen und diese auch interaktiv einzubinden. Somit sind die Online-Gemeinschaften zwar nicht

die primären Auslöser von Problemen, aber eine öffentliche Plattform, die oft negativ inspirierend wirkt.

Extreme Folgen unvorsichtigen Agierens sind den Jugendlichen wohl bekannt, die überwiegende Mehrheit sieht sich allerdings selbst kaum davon betroffen – knapp zwei Drittel der Befragten geben an, dass ihnen nichts Unangenehmes passieren kann, da sie nichts machen, was zu einem Problem führen könnte. Und ein Drittel ist überzeugt davon, dass ihre persönlichen Dinge nicht an die Öffentlichkeit gelangen können. Die Diskussion über die Auswirkungen auf die intimen Bereiche der User und Userinnen beschäftigt momentan viele Experten und Expertinnen. Ein immer öfter präsentiertes Szenario, das nicht zuletzt dem Marketing der Anbieter und Anbieterinnen von Communities entspringt, zeigt eine Gesellschaft, die jegliche Privatsphäre freiwillig aufgibt.

Die Ergebnisse der Studie zeigen ein anderes Bild. Eine zunehmende Transparenz einzelner Bereiche des eigenen Lebens und die Teilnahme einer immer größeren Öffentlichkeit können nicht wegdiskutiert werden. Dies ist den Jugendlichen auch durchaus bewusst. Die Entwicklung ist allerdings gegenläufig: Mit zunehmendem Alter

STICHPROBENSTRUKTUR

Geschlecht		
	Häufigkeit	Prozent
männlich	204	50,7
weiblich	198	49,3
Gesamt	402	100

Alter		
	Häufigkeit	Prozent
11-14 Jahre	198	49,3
15-19 Jahre	204	50,7
Gesamt	402	100

Ortsgröße		
	Häufigkeit	Prozent
Großstadt	138	34,3
Mittelstadt	104	25,9
Kleinstadt	160	39,8
Gesamt	402	100

Schultyp		
	Häufigkeit	Prozent
Volkschule	1	0,2
Hauptschule	120	29,9
AHS	91	22,6
Poly	32	8
BMS	24	6
BHS	75	18,7
Berufsschule/Lehre	59	14,7
Gesamt	402	100

Bundesland		
	Häufigkeit	Prozent
Burgenland	14	3,5
Kärnten	30	7,5
Niederösterreich	88	21,9
Oberösterreich	49	12,2
Salzburg	25	6,2
Steiermark	69	17,2
Tirol	32	8
Vorarlberg	14	3,5
Wien	81	20,1
Gesamt	402	100

und größerer Online-Erfahrung verabschieden sich die Communitymitglieder von öffentlicher Selbstdarstellung sowie dem Spiel mit dem Publikum und konzentrieren sich auf den wichtigsten und weit weniger gefährlichen Aspekt der Gemeinschaften – die Schaffung eigener sozialer Netzwerke, innerhalb derer man sich mit Freunden, Freundinnen und Interessensgruppen schnell und oft austauscht. ■

studie

Das Österreichische Institut für angewandte Telekommunikation (ÖIAT), in seiner Funktion als Informations- und Koordinierungsstelle der Initiative „saferinternet.at“, beauftragte das Institut für Jugendkulturforschung mit der Durchführung einer Studie zur Erhebung von Chancen und Gefahren, die Social Communities für junge Menschen bergen. Dazu wurden 402 Österreicher und Österreicherinnen im Alter von 11 – 19 Jahren face-to-face mittels standardisiertem Fragebogen befragt. Darüber hinaus wurden mit 18 ausgewählten Community-Usern und Userinnen fokussierte Friendpair-Interviews durchgeführt (Feldzeit: September bis November 2009). Damit können repräsentative ebenso wie auch vertiefende qualitative Daten über die Nutzungsgewohnheiten österreichischer Jugendlicher in den Online-Vergemeinschaftungen zur Verfügung gestellt werden.

Kontakt: Mag. Michael Schaefferberger
mschaefferberger@jugendkultur.at

Quelle: Pressedienst des Instituts für Jugendkulturforschung, Ausgabe 24 vom 11.02.2010

Die Familie und die Parteien

Eine historisch-interpretative Analyse der Grundsatzprogramme von ÖVP und SPÖ

VON RUDOLF K. SCHIPFER

info

Diese historisch-interpretative Analyse zeigt auf, wie in den Parteiprogrammen von ÖVP und SPÖ in der zweiten Republik Familien- und familienrelevante Aspekte dargestellt wurden. Zur inhaltlichen Auswertung der Parteiprogramme wurde eine themenanalytische Vorgangsweise gewählt.

Die Positionen von ÖVP und SPÖ zur Familie haben sich von den 1940er bis in die 1990er Jahre deutlich verändert. Dogmatische Formulierungen wurden in den Parteiprogrammen durch Catch-all-Aussagen ersetzt, die möglichst viele Menschen ansprechen sollen. Gründe für diese Veränderung sind die Auflösung der traditionellen Parteibindungen und die zunehmende Wähler-Mobilität.

Bis zum Ende der 1960er Jahre erschienen bei beiden Parteien die Formulierungen in den Grundsatzprogrammen wie Lehrsätze. Das hat sich seit den 1970er Jahren bei ÖVP und SPÖ bis zum Ende des 20. Jahrhunderts tiefgreifend geändert. Parteien geben nicht mehr die Meinungen vor, sondern orientieren sich an den Vorstellungen möglicher Wählerinnen und Wähler. Die Passagen der Parteiprogramme, die sich mit Familie und verwandten Aspekten wie Ehe, Geschlechter- und Generationenbeziehungen beschäftigen, sind daher in der Sprache moderat gehalten und die Aussagen breit formuliert.

Das Familienbild in der Gesellschaft hat sich ebenso wie die Familienstrukturen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts nachhaltig verändert. Trotzdem gibt es in den Parteiprogrammen Ideen, die über Jahrzehnte gleich geblieben sind. In den ÖVP-Programmen sind dies zwei familienpolitische Leitbilder, die man immer wieder findet: einerseits die sogenannte Kernfamilie, die aus Vater, Mutter und Kindern besteht und andererseits die Auffassung von der Familie als Keimzelle des Staates. Geschlechterfragen, außerfamiliäre Kinderbetreuung, Frauenerwerbstätigkeit und Lebensformen werden erst im ÖVP-Programm von 1972 thematisiert.

Die SPÖ hingegen fordert in den Parteiprogrammen seit 1945 immer wieder die Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie die Anerkennung der Arbeit der Frau. Aber auch die SPÖ ist anfangs sehr stark dem traditionellen Familienbild verhaftet. Erst mit dem Programm von 1978 erfolgt ein Abwenden von diesem Bild, indem Geschlechterfragen, Lebensformen sowie das

Thema Kinderbetreuung klar angesprochen werden. Den endgültigen Bruch mit dem traditionellen Familienbild brachte das SPÖ-Programm von 1998.

Parteiprogramme sind ein Spiegel der Zeit, in der sie verfasst werden. Beispielsweise ist die Familie in den fünfziger Jahren des 20. Jahrhunderts für die Volkspartei ein „universelles Faktum“, denn sie sieht die gesamte Menschheit gleichsam als eine Familie. Deshalb wirkt sich eine positive Entwicklung der Familien auch günstig auf das „Schicksal des Staates“ aus. Im ÖVP-Programm von 1965 wird die Funktion der Familie „als Erziehungsstätte der nächsten Generation“ als „unantastbar und unersetzlich“ bezeichnet. Dennoch wird in diesem Programm auch erstmals der Beitrag der berufstätigen Frau und Mutter zur Volkswirtschaft angesprochen.

Die gesellschaftlichen Veränderungen im Gefolge der 1968er Jahre finden ihren Niederschlag im Programm von 1972. Erstmals werden dort in einem Grundsatzprogramm der ÖVP Fragen der Geschlechterbeziehung und neue Rollenbilder in der Familie thematisiert. Das Leitbild der ÖVP ist in den 1970er Jahren aber weiterhin die Partnerschaftlichkeit. Das bleibt auch bis 1995 so. Im Programm aus diesem Jahr ist Partnerschaft in allen Lebensbereichen nach wie vor die Leitidee der ÖVP. Beispielsweise ist die „gleichberechtigte Partnerschaft von Frauen und Männern“ ein Ziel. Weiters sollen Ehe und Familie geschützt und gefördert werden, die Kinderbetreuung wird dabei als Ergänzung und nicht als Ersatz für das Familienleben betrachtet. Neu ist im Grundsatzprogramm von 1995 der Ansatz, dass auch andere Familien- bzw. Lebensformen wie beispielsweise Alleinerziehende, Patchworkfamilien und nicht-eheliche Lebensgemeinschaften in der Politik berücksichtigt und unterstützt werden sollen.

Auch in den Programmen der SPÖ lässt sich der Zeitgeist der jeweiligen Entstehungszeit erkennen. So fordert die Sozialistische Partei Österreichs in den 1940er und 1950er Jahren den Schutz der Familie und die volle Würdigung

der Frau als Hausfrau und Mutter. Mutterschaft wird als soziale Leistung gesehen und die gesellschaftliche Anerkennung der Hausfrauenarbeit wird verlangt. Gleichzeitig fordert die SPÖ aber auch die volle Gleichberechtigung der Geschlechter. Im Programm von 1958 wird festgehalten, dass Mütter von Kleinkindern nicht zur Erwerbstätigkeit gezwungen sein sollen, denn familiäre Geborgenheit sei eine Voraussetzung für die kindliche Entwicklung. „Die Festigung der Familie [...] ist ein moralisches und soziales Problem des ganzen Volkes“, lautet 1958 eine Formulierung.

Zwanzig Jahre später klingt das SPÖ-Programm ganz anders. Im Jahre 1978 bekennt sich die SPÖ zur demokratischen, partnerschaftlichen Familie als Form dauernden Zusammenlebens, die die Erziehung der Kinder bewusst als Aufgabe wahrnimmt. Daneben werden aber auch „andere positive Formen des menschlichen Zusammenlebens“ anerkannt. Die Doppelbelastung der Frauen durch Haushalt, Kindererziehung und Erwerbsarbeit wird erstmals thematisiert und die gemeinsame Verantwortung für Haushalt und Kinder durch Mann und Frau verlangt. Im Zusammenhang mit der Kinderbetreuung wird schon 1978 ein ausreichendes Angebot an Betreuungsplätzen für Kinder ab drei Jahren reklamiert.

Im Programm von 1998 definiert die SPÖ die Familie als „jede Form des dauernden Zusammenlebens in partnerschaftlicher und demokratischer Form“. Neben der traditionellen Familie sollen auch andere Formen des Zusammenlebens, wie zum Beispiel gleichgeschlechtliche Partnerschaften, anerkannt werden. 1998 fordert die SPÖ die volle Gleichstellung von Frauen und Männern, nunmehr dezidiert in allen Lebensphasen und Lebensbereichen. Kindern wird das Recht auf Betreuung innerhalb und außerhalb der Familie zuerkannt.

In Parteiprogrammen ist das Verständnis von Gesellschaft und Staat festgeschrieben. Sie sind der offizielle Wertekatalog einer Partei. Sie sind die weltanschauliche Kulisse und bilden den inhaltlichen Rahmen für Parteifunktionäre und

Parteiaktivisten. Grundsatzprogramme sollen zugleich nach innen und außen wirken. Innerhalb einer Partei soll ein Programm ein gemeinsamer Nenner für die verschiedenen Parteiflügel und -gruppierungen sein. Außerdem verstärkt programmkonformes Handeln die Legitimität und Autorität der Parteiführung. Nach außen bieten Grundsatzprogramme inhaltliche Leitlinien und Argumentationsgrundlagen, um sich gegenüber politischen Mitbewerbern positionieren und profilieren zu können.

Seit den 1970er Jahren vergrößern sich der Umfang und die thematische Vielfalt der Programme. Allerdings geht spätestens seit den 1980er Jahren die Bedeutung der Grundsatzprogramme zurück. Durch die Personalisierung der Politik gewinnen sowohl Profil und Image der Personen an der Parteispitze, besonders der Parteiobmänner, als auch deren Präsentation durch die Parteiöffentlichkeitsarbeit eine immer größere Bedeutung. ■



Der komplette Beitrag ist im Sammelband 20 „Familienpolitik“ der Schriftenreihe des ÖIF zu finden.

buch

Schipfer, Rudolf Karl (2009): ÖVP, SPÖ und die Familie. Eine Analyse der Grundsatzprogramme von 1945 bis 1998. In: Tazi-Preve, Irene Mariam (Hg.): Familienpolitik. Nationale und internationale Perspektiven. Opladen & Farmington Hills: Budrich UniPress Ltd. Schriftenreihe des Österreichischen Instituts für Familienforschung, Bd. 20, S. 15–55.

Das Buch ist im Handel oder über den Verlag erhältlich: www.budrich-unipress.de
ISBN 978-3-940755-45-2

Kontakt: rudolf.schipfer@oif.ac.at



Die Zukunft liegt in den Familien

5. Österreichischer Familienbericht

Der vorliegende 5. Österreichische Familienbericht umfasst die Jahre 1999 bis 2009, zieht eine Bilanz über die Entwicklung familienpolitischer Maßnahmen und bietet aufschlussreiche Einblicke in die Institution Familie. Die fundierte wissenschaftliche Auseinandersetzung ist ein wesentlicher Beitrag zu einer realistischen gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung mit dem Thema Familie. So zeigt sich, dass „Familie und Kinder“ bzw. „Partnerschaft“ nach wie vor an erster Stelle der als besonders wichtig erachteten Lebensbereiche der Österreicherinnen und Österreicher stehen.

Herausgeber: Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend
Sektion Familie und Jugend, Abteilung II/6
Franz-Josefs-Kai 51, 1010 Wien
www.bmwfj.gv.at

termin

Pflegeeltern – Profession oder Lebensaufgabe

Fachtagung 2010

Im Pflegekinderwesen haben sich zum Thema Professionalität von Pflegeeltern verschiedene Haltungen entwickelt: Sollen Pflegeeltern so viel Wissen wie möglich vermittelt bekommen, um selbst möglichst jede Situation professionell handhaben zu können? Oder sollen sie einfach Familien sein, die von einem professionellen Umfeld gut begleitet werden? Der Veranstalter will die Anforderungen an Pflegeeltern – mit allen ihren Widersprüchlichkeiten – unter diesen Aspekten mit wissenschaftlich forschenden und praktisch tätigen Referentinnen und Referenten aus Österreich und Deutschland beleuchten und anschließend in einer Podiumsdiskussion erörtern.

Referentinnen und Referenten:

Prof. Dr. Bruno Hildenbrand, Uni Jena; Dipl. Päd. Hildegard Niestroj, Frankfurt/Main; Mag. Reinhold Rampler, Jugendwohlfahrt Land OÖ; Univ.-Prof. Dr. Klaus Wolf, Uni Siegen; DSA Katharina Etschmann, Verein Pflege- und Adoptiveltern OÖ

Datum: 9. November 2010, 9:00 bis 17:00 Uhr
Ort: Bildungszentrum St. Magdalena, Schatzweg 177, 4040 Linz-Urfahr
Veranstalter: Verein Pflege- und Adoptiveltern OÖ, www.peae-ooe.at

termin

Emotional Capitalism – Intimate Life in Market Times

Ein Vortrag von Arlie Hochschild (in englischer Sprache)

We live on a commodity frontier. On one side of it, we find unpaid intimate life and on the other side, we find goods and activities we pay for. This frontier pushes forward into (and sometimes draws back from) many realms of modern life – the realms of economy, sports, prisons, arts, education. In this talk, Professor Hochschild focuses on those paid services which deal with the intimate realm of life at each stage of the life cycle. Here she draws on interviews with clients and their love coaches, wedding planners, sometimes gestational surrogates, potty-trainers, parenting consultants, nannies, elder care managers, and burial ash distributors.

Datum: 8. Oktober 2010, 19:00 Uhr
Ort: Oesterreichische Nationalbank, Kassenhalle, Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien
Veranstalter: Institut für Soziologie und Institut für Politikwissenschaften der Universität Wien
in Zusammenarbeit mit den Wiener Vorlesungen, <http://kalender.univie.ac.at/>

impresum

Medieninhaber: Österreichisches Institut für Familienforschung (ÖIF) der Universität Wien | 1010 Wien, Grillparzerstraße 7/9 | www.oif.ac.at
Herausgeber: Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Mazal | **Redaktion:** Dr. Isabella Hranek, Ursula Hambrusch | **Kontakt:** beziehungsweise@oif.ac.at
Fotos und Abbildungen: www.creesandcoedolls.stirsites.com (S. 1) | G. Wernhart (S. 2) | Inst. f. Jugendkulturforschung (S. 4, 5) | ÖIF (S. 7) | BMWFJ (S. 8)

Gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Wirtschaft, Familie und Jugend über die Familie & Beruf Management GmbH sowie der Bundesländer Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Tirol, Vorarlberg und Wien

DVR: 0065528
Österreichische Post AG | Sponsoring: Post | Verlagspostamt: 1010 Wien
Zulassungsnr. 02Z031820S